



Demokratie und Zusammenhalt | 02.2026

## „Sie ist das Beste, was wir haben, aber längst noch nicht perfekt“

Erwartungen der Bürger:innen an eine weiterentwickelte Demokratie

Paulina Fröhlich, Leander Berner, Florian Bochert

Die Demokratie gilt als beste Staatsform – zugleich wächst bei vielen der Wunsch, sie weiterzuentwickeln. Verschiedene Dinge können diesbezüglich Anstoß für Demokratie-reformen geben, beispielsweise unerfüllte oder leicht angreifbare demokratische Werte und Normen oder massiv veränderte Rahmenbedingungen, die unsere Institutionen stark herausfordern. Dieser Policy Brief rückt einen dritten Grund in den Fokus: die Sicht der Bürger:innen – und ihre wachsenden Erwartungen an eine aktiv gestaltete Demokratie. Sie formulieren klar, was Demokratie heute leisten soll.

**Ein Politiker der Linken zitiert im Landtag von Sachsen-Anhalt aus einem Song der Punkband Die Ärzte – und erhält Applaus von CDU und FDP. Was ist da los?**

„Ja, in diesem Song geht es um unsere Demokratie. Er fordert uns auf, sie zu verteidigen und zu schützen“, erklärt Stefan Gebhard und ordnet damit sein Zitat ein. Anlass ist eine Debatte, die ungewöhnlich

breite Zustimmung erfährt: Am 5. März 2026 beraten die Abgeordneten erstmals über ein Reformpaket für das Parlament. Der Gesetzentwurf zielt darauf, zentrale demokratische Verfahren robuster zu machen. Er stärkt die Unabhängigkeit der Verfassungsrichter:innen, erschwert Vetternwirtschaft unter Parlamentarier:innen und öffnet die Wahl zukünftiger Parlamentspräsident:innen auch für Vorschläge der Opposition. Zudem soll der Landtag künftig ein Mitspracherecht

erhalten, wenn etwa der Rundfunkstaatsvertrag gekündigt oder die Landeszentrale für politische Bildung abgeschafft wird.

„Die Änderungen sind keine theoretischen Korrekturen“, betont CDU-Politiker Andreas Schumann. „Sie sind konkrete Antworten auf Erfahrungen mit Machtmissbrauch, Blockaden und Unsicherheiten – und auch eine Reaktion auf mangelndes Unrechtsbewusstsein und fehlende Demut.“ Parlamentsreformen sind in einer parlamentarischen Demokratie nichts Ungewöhnliches. Doch dieses Reformpaket ist in zweierlei Hinsicht bemerkenswert: Es richtet sich ausdrücklich gegen Gefährdungen von innen – also gegen Missbrauch, Erosion und Blockade innerhalb demokratischer Institutionen. Und es wird von einem breiten Spektrum aller demokratischer Parteien gemeinsam getragen.

Die Reform speist sich dabei nicht nur aus abstrakten Prinzipien, sondern aus konkreten Erfahrungen parlamentarischer Praxis – und aus einem gemeinsamen Verständnis für schützenswerte demokratische Werte und Normen. Ziel ist es, Verfahren zu stabilisieren und Institutionen widerstandsfähiger zu machen.

Doch so wichtig institutionelle Resilienz ist: Sie allein reicht nicht aus. Eine stabile Demokratie braucht nicht nur belastbare Regeln und Verfahren, sondern auch Bürgerinnen und Bürger, die ihr vertrauen – und ihr zutrauen, Probleme zu lösen. Genau hier zeigt sich eine wachsende Herausforderung. Studien und Umfragen wie der Deutschland-Monitor und die Mitte-Studie deuten seit einiger Zeit darauf hin, dass die grundsätzliche Zustimmung zur Demokratie als Idee zwar weiterhin hoch ist. Gleichzeitig sinkt jedoch die Zufriedenheit mit ihrer konkreten Ausgestaltung und Funktionsweise. Wenn aber die gelebte Demokratie an Überzeugungskraft verliert, stellt sich eine weitergehende Frage: Reicht es aus, demokratische Institutionen allein durch parlamentarische Reformen zu stärken, die von Politiker:innen ausgehen? Oder braucht es für eine tiefere Stärkung der Demokratie ergänzend auch Reformansätze, die stärker an den Erfahrungen, Erwartungen und Bewertungen der Bürger:innen ansetzen?<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Zu dieser und ähnlichen Fragen erscheint bald auch der Demokratiemonitor 2026 der Bertelsmann Stiftung von Prof. Robert Vehrkamp.

Mit anderen Worten: Demokratie durch Reformen zu stärken, bedeutet nicht nur, ihre Institutionen widerstandsfähiger zu machen. Es kann auch bedeuten, sie so weiterzuentwickeln, dass Menschen sich in ihr stärker wiederfinden – und sie als wirksam und relevant für ihr eigenes Leben erleben. Dafür lohnt sich, erst mal zu fragen: Wie blicken die Bürgerinnen und Bürger auf den Zustand und die Zukunft der Demokratie?

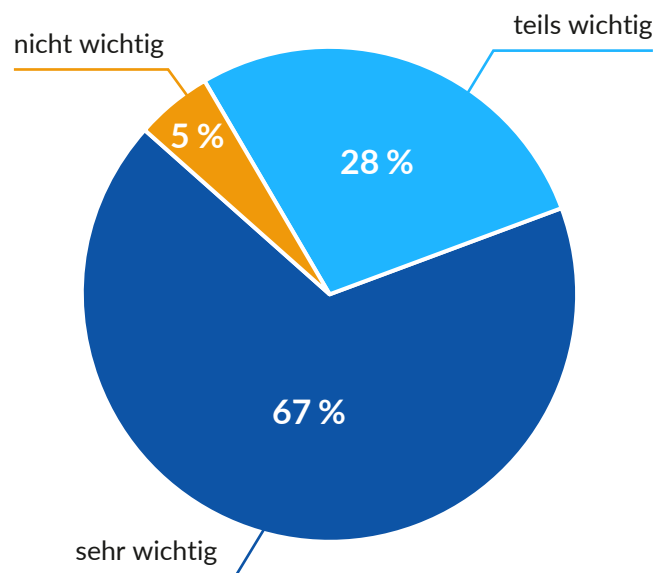
## Besorgt, aber mit klarem Wunsch: Demokratiepoltik

Eines ist klar: auf den ersten Blick mit Besorgnis. Die Hälfte der Menschen in Deutschland blickt besorgt oder gar sehr besorgt auf die Zukunft der Demokratie. Dies geht aus den Ergebnissen einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage der Bertelsmann Stiftung (siehe

ABBILDUNG 1 **Bewertung der Wichtigkeit von Demokratiepoltik**

Anteile in Prozent

**Frage:** Die Parteien in Deutschland kümmern sich um eine Vielzahl an Themen, wie etwa Wirtschaft oder Soziales. Wie wichtig oder unwichtig ist es Ihnen, dass sich Parteien gezielt mit dem Zustand sowie der Zukunft der Demokratie in Deutschland als inhaltliches Thema befassen?



Quelle: YouGov Deutschland GmbH im Auftrag der Bertelsmann Stiftung (2025), eigene Berechnungen (Befragte konnten die Wichtigkeit von Demokratiepoltik auf einer Skala von 1 bis 11 bewerten, die zu den Kategorien nicht wichtig (1–4), teils wichtig (5–7) und sehr wichtig (8–11) zusammengefasst wurde.)

## Methodik

Die zitierten Umfragewerte hat das Umfrageinstitut YouGov Deutschland GmbH im Auftrag der Bertelsmann Stiftung in einer Online-Befragung im Zeitraum vom 09.12.2025 bis 23.12.2025 erhoben. Befragt wurden insgesamt 2.117 Personen. Die Stichprobe wurde anhand der repräsentativen Zielverteilungen für die deutsche Wohnbevölkerung ab 18 Jahre hinsichtlich der Kriterien Alter, Geschlecht, Bildung, Bundesland, Urbanität, politischem Interesse und dem Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2025 quotiert.

Methodik-Kasten) hervor. Interessant ist hierbei ein Blick auf die Parteipräferenz der Befragten: Von den Anhänger:innen der AfD und des BSW sind jeweils mehr als 80 bzw. 73 Prozent besorgt. Bei denen der Linken sind es mit fast 60 Prozent schon weniger, aber auch hier ist mehr als die Hälfte besorgt. Bei der Anhängerschaft der anderen im Bundestag vertretenen Parteien sind viele Befragte teils besorgt und teils zuversichtlich. Insgesamt wird also deutlich, dass sich viele Menschen um die Demokratie in Deutschland sorgen. Allerdings können die Umfragedaten keinen Aufschluss zu den sicherlich unterschiedlichen Beweggründen der Befragten geben. Die Sorge um die Demokratie kann sich sowohl auf ihre Funktionsweise als politisches System als auch auf sie als grundlegendes Prinzip unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens beziehen. Wie können Gesellschaft und Politik dieser Sorge konstruktiv begegnen?

Gut zwei Drittel der Menschen in Deutschland (67 Prozent) wünschen sich von Parteien eine aktive Auseinandersetzung mit dem Zustand und der Zukunft der Demokratie. Dieser Befund deutet darauf hin, dass generelle Appelle an demokratische Werte und Verhaltensweisen neben dem üblichen politischen Tagesgeschäft nicht ausreichen. Vielmehr braucht es eine fachliche und politische Auseinandersetzung mit demokratischen Rahmenbedingungen als eigenes Politikfeld. Das dafür zuständige Politikfeld ist die Demokratiepolitik. Demokratiepolitik „verspricht Demokratieentwicklung auf der Grundlage ausgewiesener demokratischer Ansprüche und der kritischen Analyse der vorhandenen politischen Praxis“ (Roth 2024). Demokratiepolitik geht also über eine reine

Parlamentsreform hinaus und umfasst eine Überprüfung und Vitalisierung der Demokratie in all ihren Formen, Institutionen und auf allen Ebenen.

Der allgemeine Zuspruch der Bevölkerung für Demokratiepolitik unterscheidet sich dabei nicht nach Parteipräferenz der Befragten: Anhänger:innen aller im Bundestag vertretenen Parteien, des BSW und der FDP sprechen sich mehrheitlich dafür aus. Auch eine Mehrheit der Nichtwähler:innen hält die aktive und politische Auseinandersetzung mit der Demokratie für sehr wichtig. Dabei spielt es auch keine Rolle, ob jemand populistisch eingestellt ist, also Politiker:innen als Eliten ablehnt und „den Volkswillen“ direkt von Bürger:innen vertreten sehen möchte (Mudde 2004). Sowohl weniger als auch stärker populistisch eingestellte Befragte wünschen sich Demokratiepolitik. Aus diesen Zahlen wird ein klarer Wunsch der Bevölkerung deutlich: Demokratie als aktiv zu gestaltendes Politikfeld zu begreifen. Dafür bedarf es nicht nur mehr Expertise im Bereich der Demokratiepolitik, sondern auch einer größeren Sichtbarkeit des Themas in Politik und Öffentlichkeit. Die Entwicklung der Demokratie liegt jedoch nicht bloß in einem Politikfeld. Sie ist, das ist ihr inhärent, eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Welche gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen sehen die Befragten dafür in der Hauptverantwortung?

## Wer ist aus Sicht der Bürger:innen für die Demokratie verantwortlich?

Die Verantwortung für die Stärkung und Verteidigung der Demokratie sehen die Befragten besonders bei den Akteuren, die sich hauptberuflich mit demokratischen Fragen beschäftigen – wie die Politik und die Justiz. Im Vergleich von neun verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren sieht die Bevölkerung die Bundesregierung am stärksten dazu in der Pflicht (72 Prozent stark oder sehr stark). Gleich bewertet folgen dahinter mit 71 Prozent das Bundesverfassungsgericht sowie Politikerinnen und Politiker. Nach den hauptberuflichen Akteuren folgen an sechster Stelle die Bürger:innen: Mit 65 Prozent ist der Anteil an Befragten, der Bürger:innen selbst ein hohes Maß an demokratischer Verantwortung zuschreibt, nur etwas geringer als bei Politiker:innen. Mit Blick auf Medien sind es 53 Prozent der Bevölkerung, also immer noch

## ABBILDUNG 2 In der Pflicht gesehene Akteure

Anteile in Prozent

**Frage:** Inwieweit sehen Sie grundsätzlich jeweils die folgenden Akteure in Deutschland in der Pflicht, die Demokratie zu stärken und zu verteidigen?



Quelle: YouGov Deutschland GmbH im Auftrag der Bertelsmann Stiftung (2025), eigene Berechnungen

| BertelsmannStiftung

eine Mehrheit, die diese Akteure als stark oder sehr stark in der Pflicht sehen. Hier ist der Wert allerdings schon deutlich geringer als bei der Politik und Justiz. Noch geringer ist der Prozentsatz bei der Wirtschaft und Unternehmen, denen 48 Prozent der Befragten Verantwortung zuschreiben. Am wenigsten in der Pflicht sehen Befragte zivilgesellschaftliche Organisationen: Hier gibt mit 44 Prozent deutlich weniger als die Hälfte an, dass die Zivilgesellschaft stark oder sehr stark zum Schutz und zur Stärkung der Demokratie verpflichtet sei. Viele Befragte bewerten diese Akteure dann allerdings zumindest als teilweise in der Pflicht.

Die Stärkung und Verteidigung der Demokratie wird demnach in erster Linie als Aufgabe der Akteure innerhalb des politischen Systems verstanden, die mit einem bestimmten Berufsbild einhergeht, oder aber der individuellen staatsbürgerlichen Verantwortung. Weniger ausgeprägt gilt dies für gesellschaftliche Sektoren, wie Medien, Wirtschaft oder Zivilgesellschaft. Jedoch gibt es keinen Akteur, der nicht zumindest partiell in der Pflicht gesehen wird – die Stärkung der Demokratie ist also auch eine in breiter Verantwortung verstandene Aufgabe.

## Konkrete Verbesserungsbedarfe der Demokratie aus Sicht der Bürger:innen

Neben einem Blick auf die verantwortlichen Akteure geben die Umfragedaten auch wichtige Hinweise, wie eine Weiterentwicklung der Demokratie nach Meinung der Befragten aussehen sollte: Sie wünschen sich nicht bloß eine abstrakt ‚bessere‘ Demokratie, sondern haben konkrete Vorstellungen, an welcher Stelle Verbesserungen ansetzen könnten – und welche Ziele dabei im Vordergrund stehen sollten. Die Möglichkeiten, zwischen denen die Befragten auswählen konnten, lassen sich dabei grob anhand dreier Dimensionen der Demokratie strukturieren: dem Einfluss der Bürger:innen auf die Politik, z. B. dem Berücksichtigen ihrer Meinungen (Input), den demokratischen Verfahren, z. B. der Transparenz von politischen Entscheidungen (Throughput), und den demokratisch erzielten Ergebnissen, z. B. dem Lösen von Problemen im Sinne des Gemeinwohls (Output).

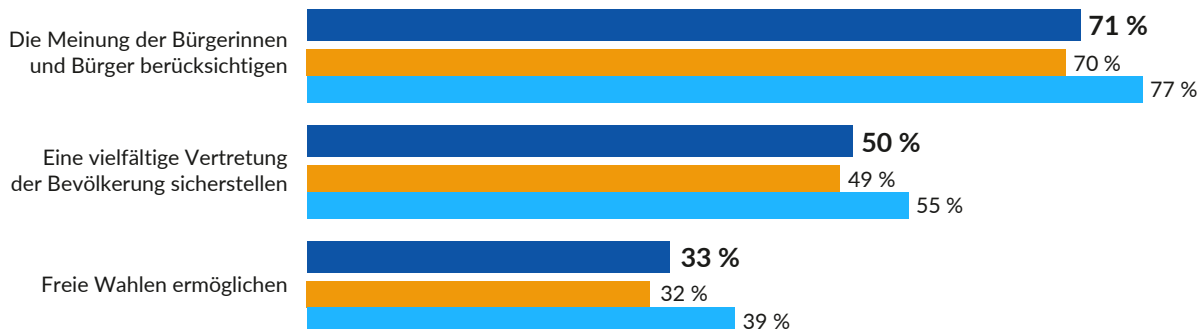
In der öffentlichen Debatte scheint der Grund für geringe Vertrauens- und Zufriedenheitswerte der Demokratie bisweilen klar: mangelhafter Output. Der Staat liefere zu wenig, zu langsam und zu kompliziert.

ABBILDUNG 3 **Verbesserungsbedarfe der Demokratie**

Anteile in Prozent

**Frage:** Das demokratische System in Deutschland hat unterschiedliche Aufgaben. Bei welchen dieser Aufgaben sehen Sie aktuell Verbesserungsbedarf?

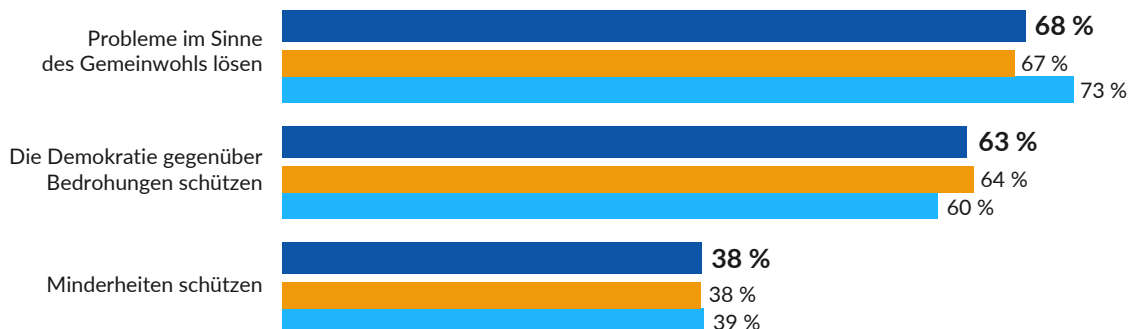
### Input



### Throughput



### Output



Quelle: YouGov Deutschland GmbH im Auftrag der Bertelsmann Stiftung (2025), eigene Berechnungen (dargestellte Werte geben den Anteil an Befragten an, die bei einer Antwortmöglichkeit auf einer Skala von 1 bis 11 großen oder sehr großen Verbesserungsbedarf (8–11) sehen)

[BertelsmannStiftung](#)

Tatsächlich priorisieren die Befragten jedoch Veränderungen auf allen drei Dimensionen, also auch bei Input und Throughput: Am meisten Verbesserungsbedarf sehen sie bei der Berücksichtigung der Meinungen von Bürger:innen. Hier erkennen 71 Prozent großen oder sehr großen Verbesserungsbedarf. Auch bei der Aufgabe der Demokratie, Probleme im Sinne des Gemeinwohls zu lösen (68 Prozent), und bei der Transparenz von politischen Entscheidungen (64 Pro-

zent) wünschen sich die Befragten Verbesserungen. Deutlich geringer wird der Veränderungsbedarf bei der Ermöglichung von freien Wahlen und dem Schutz von Minderheiten eingeschätzt.

Beim Blick auf die Verbesserungsbedarfe werden zudem regionale Unterschiede, besonders zwischen den ost- und westdeutschen Bundesländern, deutlich. Bei der Berücksichtigung der Meinungen von Bürger:in-

nen wünschen sich 77 Prozent der Befragten in Ostdeutschland Veränderungen, in Westdeutschland mit 70 Prozent vergleichsweise weniger. Noch deutlicher sind die Unterschiede bei der Kontrolle der Regierungsmacht: Hier fordern 57 Prozent der Ostdeutschen Verbesserungen, aber nur 46 Prozent der Westdeutschen. In fast allen Bereichen sind mehr Befragte in Ostdeutschland für Verbesserungen als Befragte in Westdeutschland, nur bei Verbesserungen im Schutz der Demokratie gegenüber Bedrohungen ist das Verhältnis umgekehrt. Die Umfragedaten deuten hier auf unterschiedliche regionale Wahrnehmungen und Wünsche hin, welche bei umfassenderen landespolitischen Demokratiereformen Beachtung finden sollten.

## Klare Vorstellungen, was die Demokratie erreichen soll

Die Erwartungen und Wünsche an ein Herrschaftssystem, das Ideale wie Gleichheit und Freiheit, Frieden und Wohlstand verfolgt, sind natürlich hoch. Zudem sind sie breit, denn Demokratien erlauben und fördern sogar diverse ideologische Motivationen anstelle von

Gleichschaltung. Diese Diversität ist also normal und gewollt, dennoch lassen sich Schwerpunkte feststellen, die Hinweise darauf geben, welche Zielvorstellungen Menschen mit der Demokratie assoziieren.

In der bereits beschriebenen repräsentativen Umfrage konnten die Befragten aus einer Liste von 12 Beschreibungen davon, was eine ideale Demokratie leisten sollte, maximal drei wählen. Zur Auswahl standen Antwortmöglichkeiten unterschiedlicher Wertorientierungen, wie kulturelle Identität, Nachhaltigkeit, Sicherheit oder Soziales. Mit 44 Prozent aller Befragten gibt fast die Hälfte an, sich eine Demokratie zu wünschen, die den Menschen Sicherheit und Stabilität bietet. Dies ist bei Weitem die populärste Antwort und ordnet sich zeitdiagnostisch in das momentan erlebte Weltgeschehen von geopolitisch massiven Veränderungen ein. Viele Menschen wünschen sich außerdem eine Demokratie, in der Bürgerinnen und Bürger mehr gehört und beteiligt werden (32 Prozent), die soziale Gerechtigkeit fördert (31 Prozent) und die Probleme effizient und zügig löst (30 Prozent). Alle anderen Idealvorstellungen der Demokratie werden von weniger als einem Viertel aller Befragten als eine der drei möglichen Antworten

### ABBILDUNG 4 Demokratische Idealvorstellungen

Anteile an Befragten, die eine Beschreibung von Demokratie als eine von bis zu drei Idealvorstellungen angaben, in Prozent

**Frage:** Menschen setzen unterschiedliche Hoffnungen in die Demokratie. Wie würde die ideale Demokratie für Sie persönlich aussehen? Bitte wählen Sie bis zu drei der folgenden Beschreibungen aus, die Ihren Vorstellungen am nächsten kommen, und ordnen diese absteigend, beginnend mit der Beschreibung, die Ihren Vorstellungen am nächsten kommt.



gewählt. Die deutsche Bevölkerung wünscht sich somit heute vor allem eine Demokratie, die Sicherheit für Menschen bietet und sie beteiligt, dabei jedoch auch sozial und effizient ist.

Diese Idealvorstellungen der Bürger:innen zu kennen ist für die Demokratiewirtschaft von Vorteil, insbesondere aber für größere Demokratiereformen. Sie können Ausgangspunkt, Inspiration oder Zielbild für Veränderungsvorschläge sein.

## Ansatzpunkte und Reformbedarf der bundesdeutschen Demokratie

Die Binse „Demokratie ist ein Prozess“ deutet auf ihre zwangsläufige Veränderbarkeit hin. Ihr Mehrebenen-system, die Gewaltenteilung und die Konflikt- und Kompromissmechanismen zeigen stets unerfüllte Versprechen und werfen fortlaufend Verbesserungsansprüche auf. Anstoß für konkrete Veränderungen können aber auch eindeutige Erfahrungen mit Angriffspunkten der Demokratie sein – so wie sie die Parlamentarier:innen in Sachsen-Anhalt feststellten und kitten wollen. Ein anderer Anstoß könnten sinkende Vertrauenswerte oder populäre Veränderungswünsche vonseiten der Bevölkerung gegenüber den demokratischen Institutionen sein, ebenso wie globale Trends und Herausforderungen, die unser demokratisches System zur Anpassung drängen. Umfassendere Reformen an unserer Demokratie sollten für eine breite Legitimation auf alle Anstoßmöglichkeiten achten und sie in Beziehung setzen, um Bedarfe zu ermitteln.

In den vergangenen Jahren gab es in Deutschland zwar eine Vielzahl an demokratiewirtschaftlichen Vorschlägen aus den Parteien, wie die Absenkung des Wahlalters auf Bundesebene, die Einsetzung von Bürgerräten durch den Bundestag, die Absicherung des Zwei-Drittel-Quorums für die Wahl von Bundesverfassungsrichter:innen, die Verkleinerung des Bundestags, eine Strukturförderung für zivilgesellschaftliche Demokratiewirtschaft oder die Einführung des Lobbyregisters (vgl. auch Heinrich und Berner 2025). Einige dieser Vorschläge haben, zumindest zeitweise, notwendige politische Mehrheiten gefunden, um umgesetzt zu werden, andere nicht.

Alle Vorschläge jedoch blieben weitestgehend Einzelinitiativen und für die ganzheitliche Stärkung und Verbesserung der Demokratie zu sehr Stückwerk. Dabei wäre ein zusammenhängendes und abgestimmtes Reformpaket für die Demokratie von Vorteil, weil sie mehrere, einander ergänzende Reformen aufeinander abstimmen und in einem größeren Zusammenhang erzählen könnte. Ein Bündel aus Reformen würde Veränderungen spürbarer werden lassen und womöglich mehr Wirkung auf ein politisches Ziel (z. B. Resilienz oder Effizienz) richten.

Zudem gilt es, einen strategischen Nachteil der Demokratiewirtschaft zu bedenken, der bisher unzulänglich kompensiert wurde. Während Maßnahmen anderer Politikfelder, wie der Gesundheits- oder Verteidigungspolitik, womöglich konkretere Vorstellungen erzeugen, wie sie sich auf den Alltag der Bevölkerung auswirken (Apothekenöffnungszeiten, Kasernenmodernisierung etc.), gelten demokratiewirtschaftliche Betätigungsfelder als eher von der Lebenswelt der Bevölkerung entrückt: Wahl- und Parteienrecht, parlamentarische Verfahren, Transparenzregeln oder Medienordnung. Um die Weiterentwicklung der Demokratie voranbringen und demokratische Verbesserungsmaßnahmen umsetzen zu können, braucht es daher klare Zielbilder davon, was Demokratie leisten soll. Es muss deutlich werden, wie mögliche Demokratiewirtschaftsreformen konkret den zukünftigen Alltag der Menschen verbessern können und welchen langfristigen Zielen diese Veränderungen dienen.

Die oben genannten Umfrageergebnisse lassen kein Missverständnis aufkommen: Bürgerinnen und Bürger, ganz gleich welcher politischen Überzeugung, erwarten von den Parteien eine aktiv gestaltende Demokratiewirtschaft. Zudem zeigt die Umfrage, dass ihre konkreten Veränderungswünsche keinesfalls nur eindimensional sind (z. B. mehr Beteiligung oder höhere Effizienz), sondern die Input-, Throughput- und Output-Dimension betreffen: mehr Mitsprache der Bürger:innen, transparentere Entscheidungen, die auf Fakten fußen, ein stärkerer Schutz der Demokratie gegenüber Bedrohungen und eine bessere Lösungskompetenz, die das Gemeinwohl im Blick hat.

Außerdem haben viele Bürger:innen eine geteilte Idealvorstellung der Demokratie, die wiederum Hinweise auf ein attraktives Zielangebot gibt: eine Demokratie, die Sicherheit und Stabilität bietet, jedoch beteiligt, soziale Gerechtigkeit fördert und Probleme zügig löst.

Es gibt also verschiedene Gründe, die in der Demokratie Anstoß zu Reformen an ihr selbst veranlassen können. Neben erstens unerfüllten oder leicht angreifbaren demokratischen Werten und Normen, zweitens Anpassungsnotwendigkeiten wegen massiv veränderter Rahmenbedingungen, gibt es drittens die Einschätzung und Wünsche der Bevölkerung. Letzteres wurde mit der hier veröffentlichten Umfrage untersucht. Die Ergebnisse zeigen an, dass Großteile der Bevölkerung sich Verbesserungen an der Demokratie wünschen und viele Akteure, vor allem aus den politischen Institutionen, aber auch sich selbst – die Bürger:innen

– hierzu in der Verantwortung sehen. Dieses Selbstbild von Eigenverantwortung und Verbesserungserwartung passt wiederum zu genau dem Lied, welches Anfang März im sachsen-anhaltischen Landtag zitiert wurde. Es trägt den Titel „Demokratie“ und klingt an einer Stelle so:

**„Sie ist das Beste, was wir haben – aber längst noch nicht perfekt, nein, weit davon entfernt. Sie verlangt viel Arbeit, ist ein ewiges Projekt – Junge, hast du nichts gelernt? Und du weißt hoffentlich: Es geht nicht ohne dich – du bist erforderlich.“**

## Autor:innen



**Paulina Fröhlich**

paulina.froehlich@bertelsmann-stiftung.de  
Tel. +49 30 275788-198

Paulina Fröhlich ist Senior Expert im Projekt „Demokratie erneuern“ der Bertelsmann Stiftung.



**Leander Berner**

leander.berner@bertelsmann-stiftung.de  
Tel. +49 5241 81-81564

Leander Berner ist Project Manager im Projekt „Demokratie erneuern“ der Bertelsmann Stiftung.



**Florian Bochert**

florian.bochert@bertelsmann-stiftung.de  
Tel. +49 5241 81-81886

Florian Bochert ist Project Manager (JPP) im Projekt „Demokratie erneuern“ der Bertelsmann Stiftung.

## Weiterführende Literatur

Decker, Frank (2023). „Demokratiepolitik fristet ein Schattendasein. Bürgerbeteiligung und Reform des Wahlrechts sind noch weitgehend ungeklärt“. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte (1/2) vom 02. Januar 2023 ([Demokratiepolitik fristet ein Schattendasein](#)).

Fröhlich, Paulina, und Juliane Baruck (2025). „Dem Strukturbruch begegnen. Für eine aktive und selbstbewusste Demokratiepolitik“. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte (3) vom 01. März 2025 ([Dem Strukturbruch begegnen](#)).

Gohl, Christopher (2024). „Hildegard Hamm-Brücher: Vom Ethos der Demokratie zur Demokratiepolitik.“ Hrsg. Kleger, Heinz, und Ansgar Klein. Demokratiepolitik. Neue Formen der Bürgerbeteiligung als Demokratiestärkung. 41–69. Wiesbaden.

Franke, Helene, Jörg Hebenstreit, Everhard Holtmann, Tobias Jaeck, Reinhard Pollak, Marion Reiser, Matthias Sand und Pierre Zissel (2026). „Deutschland Monitor '25. Gesellschaftliche und politische Einstellungen.“ Hrsg. Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg et al. Berlin, Halle (Saale), Jena und Mannheim ([Deutschland-Monitor '25](#)).

Heinrich, Finn, und Leander Berner (2025). „Demokratiepolitik – ein vernachlässigtes Politikfeld.“ EINWURF 2/2025 – Policy Brief der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh ([Demokratiepolitik – ein vernachlässigtes Politikfeld](#)).

Heinrich, Finn, und Carlo Greß (2025). „Arbeitsplatz Bundestag: Reformbedarf im Maschinenraum der Demokratie.“ EINWURF 7/2025 – Policy Brief der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh ([Arbeitsplatz Bundestag](#)).

Mudde, Cas (2004). „The populist zeitgeist.“ *Government and opposition*, 39(4), 541–563.

Roth, Roland (2024). „Demokratiepolitik in Deutschland. Anmerkungen zu einem unterschätzten Politikfeld.“ Hrsg. Kleger, Heinz, und Ansgar Klein. Demokratiepolitik. Neue Formen der Bürgerbeteiligung als Demokratiestärkung. 71–88. Wiesbaden.

Schmidt, Vivien (2011). „Democracy and legitimacy in the European Union revisited: input, output and throughput.“ KFG Working Paper Series, 21. Berlin ([Democracy and legitimacy in the European Union revisited](#)).

Vehrkamp, Robert, und Michael Koß (im Erscheinen): „Demokratiemonitor 2026. Legitimität und Performanz der Demokratie in Deutschland.“ Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

### V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung · Carl-Bertelsmann-Straße 256  
D-33311 Gütersloh · [www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

Dr. Finn Heinrich

Redaktionsassistentz und Anfragen:  
[gaelle.beckmann@bertelsmann-stiftung.de](mailto:gaelle.beckmann@bertelsmann-stiftung.de)  
Tel. +49 5241 81 81105

April 2026 | ISSN: 2197-5256

### EINWURF – Ein Policy Brief der Bertelsmann Stiftung

Der EINWURF ist ein Policy Brief des Programms »Demokratie und Zusammenhalt« der Bertelsmann Stiftung. Er beschäftigt sich mit aktuellen Herausforderungen der Demokratie. Schwerpunkte sind Fragen der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe, der Diskurs- und Konfliktfähigkeit, des Engagements und Miteinanders, der Funktionsfähigkeit demokratischer Institutionen und Verfahren und der Zukunftsgerechtigkeit.